



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 600.399/1-V/5/86

An das
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n

Retrifft	GESETZENTWURF
Z'	70 - GE 086
Datum:	25. NOV. 1986
Verteilt	1986-11-26 <i>Friedmann</i>

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

A. Bauer

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975 und das Bundesgesetz über allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert werden

Das Bundesministerium für Justiz hat mit Schreiben vom 3. Oktober 1986, Zl. 11.802/82-I6/86, den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975 und das Bundesgesetz über allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert werden, zur Begutachtung versendet. Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu diesem Entwurf mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme.

22. November 1986
Für den Bundesminister:
OKRESEK

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Handwritten signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 600.399/1-V/5/86

An das
Bundesministerium für Justiz

1010 W i e n

DRINGEND

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

11.802/62-I/6/86
3. Oktober 1986

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975 und das Bundesgesetz über allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher geändert werden

Zu dem mit der oben zitierten Note übermittelten Gesetzesentwurf teilt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst folgendes mit:

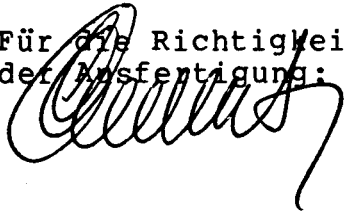
1. In der Promulgationsformel sollten die Worte "in der Fassung der aufgrund seines § 64 erlassenen Verordnung, BGBl. Nr. 333/1982," entfallen. Es solle jedoch in einer Fußnote zum Ausdruck gebracht werden, daß der Tarif seine derzeitige Fassung auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 333/1982 erhalten hat.
2. In den Erläuterungen sollte die Kompetenzgrundlage des Entwurfs angegeben werden (Art. 10 Abs. 1 Z 6, Justizpflege).
3. Auf den Schreibfehler im Allgemeinen Teil der Erläuterungen auf Seite 1 (Schiedsgerichten) darf verwiesen werden.

- 2 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

22. November 1986
Für den Bundesminister:
OKRESEK

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. Kresek', written over the printed text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.